



**Ausgabe 12/20**

# DENIZ DIREKT

Im November-Plenum habe ich in der aktuellen Stunde zum **Thema „Neonazis und Corona-Leugnern entschieden entgegenzutreten-Abstand halten zu Extremisten“** gesprochen. Jeder darf in unserer Demokratie seine Meinung zu den Corona-Maßnahmen äußern. Wer aber bei Demonstrationen Seite an Seite mit Rechtsex-tremen marschiert, bringt eine zweifelhafte Aussage zum Ausdruck. Sicher sind unsere gewohnten und erkämpften Freiheiten durch die geltenden Maßnahmen eingeschränkt. Dies ist aber kein Grund unsere Demokratie in Frage zu stellen. Die derzeit geltenden Regeln dienen alle dazu, dieser

Pandemie Herr zu werden. Die Unsicherheit und Angst vieler Menschen nutzen die Extremisten für ihre Zwecke. Dies dürfen wir nicht zulassen. Auch die von den sogenannten „Querdenkern“ aufgerufenen Aktionen an niedersächsischen



Schulen sind nicht zu tolerieren. Hier hat sich auch unser Kultusminister Grant Hendrik Tonne klar gegen positioniert.

Das Gesetz zur Umsetzung des „**Niedersächsischen Weges**“ für mehr Artenvielfalt zum Naturschutz, Gewässerschutz und Waldrecht haben wir nun beschlossen. Ziel ist u.a. eine Reduzierung der Versiegelung, der Ausbau des Ökolandbaus, Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln und die Erhöhung des Laubbaumanteils. Ein wichtiger Schritt für unsere Natur in Niedersachsen und bundesweit ein einmaliges Bündnis.

Durch die Verabschiedung des Gesetzes zur **Änderung der Niedersächsischen Bauordnung** und des Gesetzes zur Erleichterung der Schaffung von Wohnraum, haben wir einen guten Weg gegen die Wohnungsknappheit eingeschlagen. Ziel ist u.a. ein beschleunigtes Verfahren für den Bau von Mehrfamilienhäusern. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Wir wollen bis 2030 für den Bau von 40.000 Neubauwohnungen sorgen, um so dem Preisdruck bei den Mieten zu begegnen.

Ein Viertel aller **Beschäftigten des NDR** sind freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, was zur Folge hat, dass sie von der Wahl der Personalvertretung ausgeschlossen sind und keine Mitbestimmungsrechte haben. Dies wollen wir

# DENIZ DIREKT

durch eine offizielle Freienvertretung ändern und fordern insofern die Landesregierung auf, eine entsprechende Regelung zu erarbeiten, um die Rechte dieser Mitarbeitenden zu stärken. Gerade in der Zeit der Pandemie zeigt sich, wie wichtig eine gut funktionierende öffentlich-rechtliche Berichterstattung ist, die zum großen Teil eben auch von Freien getragen wird.

Die **Kultur- und Kreativbranche** wird durch die COVID-19 Pandemie vor extreme Herausforderungen nicht nur in finanzieller Sicht gestellt. Diese Branche leistet einen unschätzbaren gesellschaftlichen Beitrag für unsere Demokratie. Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung gemeinsam mit den Kulturverbänden neue, auch digitale Veranstaltungsformate auszuloten und zu unterstützen. Ziel ist ein Angebot für möglichst viele Menschen. In diesem Zusammenhang soll sich das Land auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Förderung über das Programm „**NEUSTART KULTUR**“ einfacher und unbürokratischer gestaltet wird.

Um die zweite Corona-Infektionswelle zu brechen, sind leider wieder die Schließungen von Geschäften und die Absage von Veranstaltungen notwendig. Viele Unternehmen werden große Umsatzeinbrüche im November erleiden. Zur Kompensation haben sich der Bund und die Länder auf **außerordentliche Wirtschaftshilfen in November** geeinigt. Diese richten sich nicht nur an Unternehmen, Betriebe, Selbständigen und Vereine, sondern auch an Soloselbständige, also z.B. Künstlerinnen und Künstler. Mit den Zuschüssen werden Hilfen in Höhe von bis zu 75 % des durchschnittlichen Umsatzes im November 2019 gewährt. Soloselbständige können alternativ

auch einen durchschnittlichen Wochenumsatz aus 2019 zugrunde legen. Weitere Informationen dazu [hier](#).

Im November fand die konstituierende Sitzung des **Corona-Sonderausschusses des Niedersächsischen Landtages** statt. Ich freue mich, eines der 15 Mitglieder dieses Ausschusses zu sein. Der Ausschuss soll die bisherigen Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie aufarbeiten und die aktuellen Maßnahmen analysieren, um bei künftigen Pandemien noch besser reagieren zu können. Unter anderem wird es eine Reihe von Expertenanhörungen geben. Ende September 2021 soll dem Landtag ein umfassender Abschlussbericht vorgelegt werden.

Dem Virus zum Trotz hat die SPD Niedersachsen sich im Oktober zum **Parteitag** getroffen. Im Sinne des Infektionsschutzes haben wir diesen natürlich als Onlineformat abgehalten. Eröffnet wurde der Parteitag von unserer kommissarischen Generalsekretärin Hanna Naber. Sie hat die Bedeutung eines Parteitages in diesen Zeiten herausgestellt. Wir haben die Weichen gestellt, um Perspektiven für diejenigen zu schaffen, die besonders unter der Pandemie leiden. Bei unserem ersten Online-Parteitag der niedersächsischen SPD haben wir nur über inhaltliche Anliegen diskutiert. Vorstandswahlen holen wir nach, wenn die Infektionslage sich entspannt. Gerade in einer Krisenzeit brauchen wir keine Diskussion um Posten, sondern über Inhalte, die uns zusammen weiterbringen. Das ist uns gelungen!

